



Baden-Württemberg



Freistaat Bayern



Niedersachsen

„Damit das Auto der Zukunft in Deutschland vom Band rollt“

Positionspapier der Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen

7. Juni 2019

Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen beheimaten die größte und bedeutsamste Automobilwirtschaft der Welt. Vereint stehen unsere Automobilstandorte für weit über eine Million gute Arbeitsplätze. In unseren Ländern schlägt das Herz einer Industrie, die insgesamt für fast ein Drittel der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in Deutschland steht. Mit einem Gesamtumsatz von über 420 Mrd. Euro ist sie der mit Abstand bedeutendste Industriezweig der Republik. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt von über 4,5% sowie von mehr als 17% am gesamtdeutschen Export (2018) unterstreichen die herausragende Bedeutung für Deutschland und uns „Autoländer“.

Die Automobilwirtschaft befindet sich jedoch in einem tiefgreifenden und komplexen Wandlungsprozess. Das Auto wird sich in den kommenden zehn Jahren mehr verändern als in den einhundert Jahren davor. Die Entwicklung neuer Antriebstechnologien, die Digitalisierung, die Entstehung neuer Geschäftsmodelle mischen die Karten in der Automobilbranche neu. Ein harter, globaler Wettbewerb um die Märkte von Morgen hat längst begonnen.

Emissionsarme Antriebe wie Hybride und die hocheffizienten Dieselmotoren sind wichtige Technologien insbesondere auch mit Blick auf die Nutzfahrzeuge. In Zukunft werden aber vor allem Anbieter von Lösungen für eine emissionsfreie und klimafreundliche Mobilität Chancen im globalen Wettbewerb haben.

Für uns „Automobilländer“ steht dabei viel auf dem Spiel – und damit auch für das Hochtechnologieland Deutschland insgesamt. Es geht um unsere Technologieführerschaft, um zukunftsfähige Arbeitsplätze und um den Erhalt unserer Prosperität.

Deutschland will und muss zudem einen erheblichen Beitrag zu einer Entwicklung leisten, die Erderwärmung begrenzt. Dabei verstehen wir Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz als zwei Seiten einer Medaille. Deshalb haben wir als Ministerpräsidenten der „Autoländer“ Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen die Initiative ergriffen, den Wandel zu einer klima- und umweltschonenden Mobilität wirtschaftlich erfolgreich, technologieoffen und sozial verträglich voranzutreiben.

Uns eint der Wille, die Zeitenwende der Automobilwirtschaft zu einer Erfolgsgeschichte zu machen – für die Menschen, unsere Unternehmen und für das Klima. Wir haben deswegen jeweils umfassende Strategiedialoge Automobilwirtschaft bzw. einen Pakt zur Zukunft der Fahrzeugindustrie aufgelegt und investieren seit Jahren massiv in zukunftsweisende Formate wie beispielsweise

- die Landesinitiativen Elektromobilität I bis III, die Batterieforschung insbesondere an den Zentren Ulm (ZSW, HIU etc.) und Karlsruhe (KIT) oder das Testfeld für autonomes Fahren in Baden-Württemberg,
- die Zukunftsoffensive Elektromobilität oder die Förderung synthetischer Kraftstoffe in Straubing (BayernSprit) und des Bayerischen Zentrums für Batterietechnik (BayBatt) in Bayreuth durch den Freistaat Bayern,
- das Testfeld Niedersachsen für automatisierte und vernetzte Mobilität, die Open Hybrid LabFactory oder das Niedersächsische Forschungszentrum für Fahrzeugtechnik.

Wir wissen aber auch: Den gewaltigen Umbruch in der Automobilwirtschaft kann niemand von uns im Alleingang meistern. In Zeiten, in denen deutsche Automobilhersteller strategische Allianzen schließen, müssen auch die Länder eine neue Balance finden zwischen gesunder Standortkonkurrenz und Bündelung von Kräften. Denn heute kommt die Konkurrenz aus den USA und China und rauscht auf der Überholspur heran.

I. Die „Autoländer“ Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen gehen voran

Der Wandel der Automobilwirtschaft verlangt übergreifendes Denken und gemeinsame Anstrengungen. Deshalb werden wir, die Ministerpräsidenten der „Autoländer“ Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen, in folgenden Bereichen die Zusammenarbeit stärken:

- Aufbau einer flächendeckenden, länderübergreifenden Ladeinfrastruktur. Es wird angestrebt, einen bedarfsgerechten Aufbau und Betrieb von öffentlich zugänglichen Ladesäulen bis Ende 2020 zu erreichen. Damit wollen wir eine Vorreiterrolle bei der Marktdurchdringung Elektromobilität einnehmen.
- Schaffung der landesrechtlichen Voraussetzungen zur Stärkung neuer Mobilitätsformen.
- Schaffung von ggf. gemeinsamen Ausbildungskapazitäten für die von der Automobilwirtschaft dringend benötigten Experten für Zukunftstechnologien, insbesondere bei der Künstlichen Intelligenz.
- Intermodale Vernetzung von Verkehrsträgern, Mobilitätsdienstleistungen etc. (z.B. ParkRide-Plätze zur Vernetzung des motorisierten Individualverkehrs und des ÖPNV sowie Bike&Ride-Plätze zur Verknüpfung des Fahrradverkehrs und des ÖPNV).
- Schaffung von länderübergreifenden Testfeldern für neue Mobilitätsanwendungen.
- Austausch in der Entwicklung neuer Antriebstechnologien (technologieoffen).
- Kooperation im Bereich der Forschung (Schaffung gemeinsamer Forschungsprogramme und Prüfung, ob Bestehendes gebündelt werden kann).
- Wir werden unserer Vorbildfunktion gerecht werden, indem wir unsere Fuhrparke sukzessive auf klimaschonende Antriebstechnologien umrüsten.
- Von den Möglichkeiten zur Nutzung von Busspuren und zur Einrichtung kostenfreier Parkplätze für Elektrofahrzeuge soll verstärkt Gebrauch gemacht werden.

Um diese Vorhaben zu realisieren, werden wir uns regelmäßig abstimmen. Vorgesehen sind Treffen auf CdS-Ebene im halbjährlichen Rhythmus sowie ein regelmäßiger Austausch und Konsultationen auf Arbeitsebene, auch um Prioritätensetzung abzugleichen und Synergien zu heben. Wir streben zudem eine kooperative Vernetzung zwischen den fachlich unterstützenden Organisationen der Länder (e-mobil BW, Bayern Innovativ, Innovationszentrum Niedersachsen) an.

II. Wo der Bund endlich handeln muss!

Wir gehen als „Automobilländer“ voran. Klar ist aber auch, dass der Bund in der Pflicht steht. Zu viel Zeit wurde auf Bundesebene schon verspielt und zu viele Ziele verfehlt. Abwarten ist keine Option mehr. Deshalb ist ein kraftvoller gemeinsamer Aufschlag von

Bund und Ländern notwendig, um die Innovations- und Technologieführerschaft Deutschlands zu sichern sowie Arbeitsplätze für die Zukunft zu erhalten. Wir erwarten hier von der Bundesregierung, als ehrgeiziger Partner an unserer Seite die Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Insbesondere für den aktuellen Ausbau der Elektromobilität sowie bei der Entwicklung alternativer Antriebstechnologien, von künstlicher Intelligenz und dem autonomen Fahren sind größere Anstrengungen notwendig. Wir drei Autoländer fordern den Bund deshalb dazu auf, in den folgenden Bereichen konkrete Schritte zu gehen:

1. Schaffen der Rahmenbedingungen:

- a. Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit neue Mobilität in die Fläche kommen kann. Wir fordern vom Bund entschiedene Gesetzgebungsoffensiven zur Förderung von Elektromobilität. Beispielsweise müssen Wohnungseigentumsgesetz (WEG) und Mietrecht schnellstmöglich angepasst werden. Bei privaten Parkplätzen in Mehrfamilienhäusern muss es einen Duldungsanspruch auf Einrichtung eines Ladepunktes auf Kosten des Nutzers geben. Die Novellierung des Elektromobilitätsgesetzes (EmoG) muss vorangetrieben werden.
- b. Der Bund muss baldmöglichst den rechtlichen Rahmen beim autonomen Fahren schaffen, der die relevanten technischen, haftungsrechtlichen und auch ethischen Aspekte umfassend adressiert. Dies ist sowohl für die Schaffung von Rechtssicherheit wie auch für die Akzeptanz der Bevölkerung unerlässlich. Darüber hinaus fordern wir vom Bund die Entwicklung einer langfristig angelegten Forschungs- und Entwicklungsstrategie, um weitere Antriebstechnologien wie Wasserstoff, Brennstoffzellen und synthetische Kraftstoffe international zu einer Marktreife zu führen.
- c. Die wirtschaftliche Stärke und Innovationskraft Deutschlands hängen von der ständigen Verfügbarkeit zahlreicher, oft kritischer Rohstoffe ab. Die Automobilwirtschaft ist aktuell besonders betroffen, da durch den Transformationsprozess in Zukunft zusätzlich andere Rohstoffe und Materialien verstärkt benötigt werden. Wir appellieren an den Bund, sich verstärkt dieser Thematik zuzuwenden und ggf. entsprechende Rahmenbedingungen zu gestalten, damit sich die Unternehmen auch weiterhin die erforderlichen Rohstoffe am Weltmarkt sichern können. Hierzu bedarf es mittelfristig auch einer Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen (z.B. steuerliche Behandlung synthetischer Alternativen).

2. Entscheiden und Fördern:

- a. Der Bund sollte seine Programme zur Förderung klimaschonender Mobilität erweitern: z.B. Erhöhung GVFG-Bundesmittel, Mittelerhöhung bei der Förderrichtlinie „Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland“, Verlängerung und Erweiterung des Umweltbonus, Förderung privater Ladesäulen.
- b. Über steuerliche Anreize könnte der Umstieg auf alternative Antriebe erleichtert und beschleunigt werden (z.B. Abschreibungsmöglichkeiten Arbeitgeber-Ladeinfrastruktur, Verlängerung und Verbesserung der Sonderregelungen für Elektro- und extern aufladbare Hybridfahrzeuge bei der Dienstwagenbesteuerung und Verlängerung der begrenzten Steuerbefreiung für die Gewährung eines geldwerten Vorteils für das Laden beim Arbeitgeber, Verlängerung der Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge für Neuzulassungen über den 31.12.2020 hinaus).
- c. Zur Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung brauchen wir darüber hinaus verlässliche Rahmenbedingungen, um in allen Regionen Deutschlands eine wettbewerbsfähige Batteriezellenindustrie zu ermöglichen (z.B. durch Entlastungsregeln für energieintensive Produktionsprozesse oder eine adäquate Förderkulisse).
- d. Die Bundesmittel im Bereich Künstliche Intelligenz müssen substantiell aufgestockt werden, wenn wir in diesem Bereich nicht international abgehängt werden wollen.
- e. Wir brauchen ein klares Bekenntnis des Bundes zur Technologieoffenheit (Batterie/Hybrid, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe) und zur Förderung aller Antriebstechnologien. Jede Antriebsform hat ihre Vorteile und findet in ihrem Bereich ihren Weg. So wird die batterieelektrische Elektromobilität sich vermutlich nicht im Schwerlast- oder Schiffs- oder Flugverkehr durchsetzen. Hier gilt es, andere und bessere Wege, beispielsweise über synthetische Kraftstoffe oder Brennstoffzellenantriebe zu finden. Hier gibt es bereits erfolgsversprechende Forschungsansätze wie zum Beispiel die LOHC-Technologie, durch die Wasserstoff in einer dieselähnlichen Flüssigkeit gespeichert werden kann und sich so einfach, sicher und kostengünstig lagern und transportieren lässt.
- f. Neben einer klaren Strategie für PKW und leichte Nutzfahrzeuge ist daher auch eine eigene Strategie für die schweren Nutzfahrzeuge und andere Verkehrsträger erforderlich.

- g. Gleichzeitig müssen die Forschungsmittel für die Batteriezellen der nächsten Generation erhöht werden.
- h. Um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können, müssen Entscheidungen nach dem Prinzip „Stärken stärken!“ getroffen werden. Allein strukturelle Aspekte in Betracht zu ziehen, führt dazu, dass vorhandene Kompetenz fahrlässig vergeudet wird (z.B. bei der Auswahl von Standorten im Bereich der Batteriezellenforschung und -fertigung).
- i. Mobilitäts- und Energiewende müssen zusammen gedacht werden. Der bedarfsgerechte Ausbau des Energienetzes und der weitere Ausbau erneuerbarer Energien sind für die Zukunft Deutschlands von größter Bedeutung.
- j. Als wichtige Säule unserer Gesellschaft müssen kleinere und mittlere Unternehmen in dem aktuell stattfindenden Wandel mitgenommen und besonders unterstützt werden. Ihre Interessen sollten auf Bundesebene stärkere Berücksichtigung finden. Hierzu gehört eine steuerliche Förderung von FuE-Maßnahmen ebenso wie gezielte Förderprogramme für Unternehmen, die von der Transformation betroffen sind.
- k. Der schnelle 5G-Ausbau ist zu unterstützen: Die Zusagen aus dem Mobilfunkgipfel müssen eingehalten werden.
- l. Im Kampf um die besten Köpfe muss sich Deutschland dem weltweiten Wettbewerb stellen und sich als Standort beweisen. Hierzu ist eine Verstärkung und Neuausrichtung von Fachkräfte-Initiativen und Qualifizierungsmaßnahmen (insbes. im Bereich der Digitalisierung) genauso notwendig, wie die Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen (z.B. Einwanderungsgesetz).

3. Vorbild sein:

Der aktuelle Wandel fordert von allen gesellschaftlichen Schichten die Bereitschaft zur Veränderung. Diese Bereitschaft vorzuleben, ist auch Aufgabe der Politik. Die Umrüstung der bundeseigenen Fuhrparke auf emissionsarme, klimaschonende Antriebe ist deshalb anzustreben, um der Vorbildfunktion des Bundes gerecht zu werden.

4. Zusammenarbeit stärken:

Wir drei „Autoländer“ erwarten, dass wir in die längst überfällige und nun vom Bund geplante „Konzertierte Aktion Mobilität“ einbezogen werden. An den Autoländern führt hier kein Weg vorbei.

Für das Gelingen der Transformation ist ein Schulterschluss auch auf europäischer Ebene erforderlich. Deshalb ist es von größter Wichtigkeit, dass sich der Bund auch gegenüber der EU positioniert und sich gezielt für Initiativen zum Gelingen der Transformation einbringt. Beispielsweise sollte sich der Bund gegenüber der Europäischen Kommission im Rahmen der neuen Strategie für die Industriepolitik der EU klar Stellung beziehen und für die Belange der deutschen Wirtschaft einsetzen.



Winfried Kretschmann MdL

Ministerpräsident von Baden-Württemberg



Dr. Markus Söder MdL

Bayerischer Ministerpräsident



Stephan Weil MdL

Niedersächsischer Ministerpräsident